



**STIFTUNG**  
für die Internationalen Wochen  
**GEGEN RASSISMUS**

Darmstadt, 24.03.2024

## **Pressemitteilung**

### **Rekordbeteiligung bei UN-Wochen gegen Rassismus**

So viele Veranstaltungen wie noch nie: Die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 11. bis 24. März 2024 unter dem Motto „Menschenrechte für alle“ haben eine Rekordbeteiligung verzeichnet. „Zu dem großen Engagement haben die Millionen Demonstrierenden auf den Straßen in diesem Jahr beigetragen“, sagt Jürgen Micksch vom Vorstand der Stiftung gegen Rassismus, die in Deutschland die UN-Wochen koordiniert. Insgesamt fanden über 4.500 Veranstaltungen mit über 300.000 Teilnehmenden statt, nicht mitgezählt die zahlreichen Sportveranstaltungen. München meldete über 140 und Dresden über 120 Veranstaltungen. Auch in Ostdeutschland gab es großen Zuwachs.

*„Weiter aktiv bleiben“*

Rund 150.000 Broschüren, Plakate und Flyer wurden bei der Stiftung gegen Rassismus bestellt. Tausende Ehrenamtliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen wirkten vor Ort an den UN-Wochen mit. Vor allem bei Sportvereinen, Kommunen, Unternehmen und Religionsgemeinschaften war das Engagement groß. „Jetzt gilt es, weiter aktiv zu bleiben“, meint Jürgen Micksch. „Vor allem mit Blick auf die Wahlen.“ Im Juni finden Europawahlen statt, im September folgen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

Bei den UN-Wochen gegen Rassismus wurde die Forderung laut, mehr gegen den Rechtsrutsch zu tun. „Eine gute Gelegenheit dafür bieten die Feiern anlässlich 75 Jahren Grundgesetz rund um den 23. Mai 2024“, sagt Jürgen

Micksch. Das Grundgesetz bilde die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in unserer demokratischen Gesellschaft. Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus seien damit nicht vereinbar. Viele Initiativen planen bereits Aktionen. Auch die Stiftung gegen Rassismus bereitet Plakate, Flyer und Kampagnen vor. „Lasst uns die Demokratie feiern“, betont der Vorstand der Stiftung gegen Rassismus, „und aufstehen gegen Menschenfeindlichkeit.“

*„Rechtsextreme für religiöse Menschen nicht wählbar“*

Dabei gilt es, klar Position zu beziehen. Vertreter der Aleviten, Buddhisten, Bahai, Christen, Eziden, Hindus, Juden, Muslime und Sikhi haben sich gemeinsamen gegen Hass und Hetze positioniert: „Rechtsextreme Parteien sind für religiös geprägte Menschen nicht wählbar“, heißt es in der interreligiösen Erklärung. Die Stiftung gegen Rassismus will Unternehmen, Vereine und andere Einrichtungen ermutigen, diesem Beispiel zu folgen – und ebenfalls öffentlich ein Statement abzugeben. „Gemeinsam können wir es schaffen, den Schwung der Demonstrationen im Alltag zu verankern“, so Jürgen Micksch.

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Isabel Schmidt, Stiftung gegen Rassismus, Darmstadt, Telefon 06151 – 33 91 95 und Mail [si@stiftung-gegen-rassismus.de](mailto:si@stiftung-gegen-rassismus.de)